

Bilanzpressekonferenz

5. März 2025

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Stefan G. Reuß

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Begrüßung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Fazit**

I. Begrüßung

Auch von mir ein herzliches Willkommen zu unserer Bilanzpressekonferenz, bei der ich Ihnen die Geschäftsentwicklung der Sparkassen in Hessen und Thüringen im Jahr 2024 vorstellen möchte. Darüber hinaus werde ich aber auch das ein oder andere sparkassen- und verbandspolitische Thema ansprechen.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen

Das geopolitische Umfeld war auch 2024 wieder von neuen Dynamiken, Umbrüchen und Konflikten geprägt. In Deutschland herrschte hingegen bei der wirtschaftlichen Entwicklung Stillstand: Mit minus 0,2 % ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) das zweite Jahr in Folge gesunken. Manche Experten nennen das eine Rezession, andere eine Stagnation. Unabhängig von der jeweiligen sprachlichen Einordnung sind sich aber alle einig, dass die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande auch 2024 wieder alles andere als zufriedenstellend verlaufen ist.

Die deutsche Wirtschaft scheint in einer Zeitschleife festzustecken. Sie ist seit 2019, dem letzten Normaljahr vor Corona, praktisch nicht gewachsen. Dagegen hat die Wirtschaft in Europa in diesem Zeitraum immerhin um 4 % und in den USA sogar um 12 % zugelegt. Das zeigt: Deutschland hat sich vom weltweiten Wirtschaftswachstum der letzten Jahre abgekoppelt.

Gründe für diese Entwicklung gibt es viele: Das deutsche Exportmodell gerät wegen der weltweit zunehmenden Tendenz zu Protektionismus und Abschottung, aber auch aufgrund der spürbaren chinesischen Konkurrenz immer mehr unter Druck. Auch 2024 hat der Export mit einem Minus von 0,8 % erneut keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten können.

Schlechte Stimmung drückt Konsum

Mit einem Plus von etwa 0,3 % gingen auch vom Hoffnungsträger Konsum 2024 wenig Impulse aus. Das liegt vor allem daran, dass nach einer Umfrage von EY viele Menschen mit Sorge in die Zukunft blicken. Nicht einmal jeder Dritte bewertet seinen Lebensstandard heute besser als noch vor zehn Jahren. Als Gründe für diese gedrückte Stimmung werden die unsichere politische Lage im In- und Ausland, aber auch die Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Arbeitsplätze genannt.

Aber natürlich spielt auch die Inflation bei der Konsum-Zurückhaltung immer noch eine große Rolle. Bei diesem Thema zeigen sich folgenreiche Wahrnehmungsunterschiede zwischen Notenbanken und Verbrauchern. Erstgenannte schauen vor allem auf die aktuellen

Preissteigerungsraten. Sie interpretieren es als ein Zeichen der Normalität, dass sich diese allmählich wieder dem Zwei-Prozent-Ziel annähern, das für Geldwertstabilität steht.

Verbraucher nehmen Teuerung als Sockel-Inflation wahr

Verbraucher denken dagegen eher in den Kategorien einer Sockel-Inflation: Sie erinnern sich oft noch an die niedrigeren Preise aus der Zeit vor der Corona-Pandemie. Danach, in den Jahren 2022 und 2023, ist die Teuerungsrate nach oben geschossen. Seitdem verharret das Preisniveau auf einem sehr hohen Plateau: Die Verbraucherpreise liegen heute um etwa 20 % höher als 2020. Nahrungsmittel und Energie sind sogar um 34 % bzw. 44 % teurer geworden.

Deshalb ist es für die Verbraucher dann auch nur wenig tröstlich, dass die Notenbanken die aktuelle Teuerungsrate jetzt wieder einigermaßen im Griff zu haben scheinen. Das gilt umso mehr, als die Kaufkrafteinbußen der letzten Jahre durch Lohn- und Gehaltssteigerungen nicht kompensiert werden konnten. Auch das erklärt, warum der private Konsum zurzeit nicht mehr richtig in die Spur kommt.

Firmen denken immer öfter über Abschied nach

Bei diesem schwierigen Umfeld verwundert es nicht, dass sich immer mehr Firmen mit Investitionen zurückhalten – zumindest in Deutschland. In der Metall- und Elektroindustrie will jedes zweite Unternehmen seine Aktivitäten im Inland reduzieren, jedes dritte plant dafür mehr Investitionen und Einstellung von Personal im Ausland. Im Maschinenbau wollen drei von vier Firmen ihr Geschäft in den USA ausbauen. Ein Großteil davon hat in diesem Zusammenhang vor, die Produktion nach Übersee zu verlegen.

Leider bleibt es häufig nicht bei theoretischen Überlegungen oder bloßen Absichtserklärungen. Immer öfter werden diese Übersiedlungspläne auch Realität. Logistikunternehmen, die sich auf die Verlagerung von Produktionslinien bis zu ganzen Werken ins Ausland spezialisieren, haben zurzeit Konjunktur. „Zurück kommt keiner“, hat der Geschäftsführer eines solchen Verlagerungsspezialisten vor kurzem in einem Interview gesagt. Als Gründe für den Exit werden von seinen Kunden vor allem die überbordende Bürokratie, die hohe Steuerlast und teure Energie sowie der Fachkräftemangel genannt. Das deckt sich im Übrigen auch mit den Rückmeldungen, die unsere Sparkassen von ihrer mittelständischen Kundschaft erhalten.

Kundengeschäft legt auf beiden Seiten der Bilanz zu

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen und der fehlenden gesamtwirtschaftlichen Dynamik ist es den Sparkassen in Hessen und Thüringen gelungen, ihr Kundengeschäft weiter auszubauen und ihre Ertragskraft auf dem hohen Niveau des Vorjahres zu halten. Die

Bilanzsumme unserer 48 Mitgliedsinstitute ist insgesamt um 2,4 Mrd. Euro bzw. 1,6 % auf 154,4 Mrd. Euro angestiegen. Im Kundengeschäft waren auf beiden Seiten der Bilanz Zuwächse zu verzeichnen.

Im Kreditgeschäft haben sich die Bestände unserer Sparkassen 2024 über alle Kundensegmente hinweg um 1,2 Mrd. Euro bzw. 1,3 % verbessert. Die Wachstumsrate liegt damit etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr (+0,7 %). Prozentual legten die Kreditbestände bei den öffentlichen Haushalten besonders stark zu. Sie gingen um 0,6 Mrd. Euro bzw. 17,1 % nach oben. In diesem Plus spiegeln sich das stark gestiegene Defizit und der deutlich anwachsende Finanzierungsbedarf der Kommunen wider. Auch hier spielen immer mehr selbst geschaffene hohe Standards und bürokratische Auflagen eine nicht unerhebliche Rolle.

Firmenkundengeschäft sorgt bei Kreditbeständen für Wachstum

Für Wachstum hat aber auch das Firmenkundenkreditgeschäft gesorgt. Dort gingen die Bestände um 0,5 Mrd. Euro bzw. 1,1 % nach oben. Gefragt waren insbesondere langfristige Finanzierungen. Das ist ein positives Zeichen. Denn es macht deutlich, dass viele Firmen in Hessen und Thüringen trotz des schwachen konjunkturellen Umfelds eben doch Investitionen angehen oder ins Auge fassen.

Auch das Neugeschäft spiegelt diesen Trend wider: So sind die Darlehenszusagen unserer Sparkassen an Unternehmen und Selbständige 2024 um 12,9 % auf 6,9 Mrd. Euro nach oben gegangen. Im Jahr 2023 waren sie noch um etwa 29 % eingebrochen. Ein Teil dieses Rückganges konnte 2024 also wieder aufgeholt werden.

Im Kreditgeschäft mit Privatpersonen sind die Bestände unserer Mitgliedssparkassen praktisch stabil geblieben. Sie sind um 53 Mio. Euro bzw. 0,1 % nach oben gegangen. Im Untersegment der Wohnungsbaukredite sind die Bestände etwas stärker gewachsen, nämlich um 104 Mio. Euro bzw. 0,3 %.

Bewegung bei Baufinanzierungen

Der private Wohnungsbau liegt weiterhin am Boden. Die Gründe für diesen Niedergang sind hinreichend bekannt. Ich möchte das an dieser Stelle nicht wiederholen oder vertiefen. Was unsere Mitgliedssparkassen anbelangt, kommt jetzt bei den Baufinanzierungen immerhin wieder etwas Bewegung rein. Unser Neukreditgeschäft signalisiert hier eine anziehende Nachfrage. Bei den privaten Immobilienfinanzierungen haben die Zusagen 2024 um 23,5 % zugelegt.

Diese Entwicklung hatte sich bereits im ersten Halbjahr 2024 abgezeichnet und hat sich seitdem noch einmal etwas verstärkt. Ich hatte schon bei der Präsentation der Halbjahreszahlen im September eingeschränkt, dass diese erfreuliche Steigerungsrate nicht den Blick für die Realitäten trüben darf. Mit gut 3,9 Mrd. Euro lag das Zusage-Volumen unserer Sparkassen Ende Dezember 2024 in diesem Segment nämlich noch immer deutlich niedriger als in den Vorjahren 2020 bis 2022 mit 5,8 bis 6,5 Mrd. Euro.

Darüber hinaus macht ein Blick auf die Mittelverwendung deutlich, wo das Dilemma liegt. Der Löwenanteil dieser neuen Darlehen wird nämlich in den Kauf und die Sanierung von Bestandsgebäuden fließen. Das sind zweifellos sinnvolle Verwendungszwecke. Allerdings ist nur ein ganz kleiner Teil, nämlich gut 10 %, für Neubauprojekte eingeplant. Mit einer solchen Schwerpunktsetzung werden wir aber Wohnungsmangel und Wohnungsnot auf absehbare Zeit nicht in den Griff bekommen! Daher ist es zwingend erforderlich, dass die neu zu bildende Bundesregierung den vielen Worten im Wahlkampf endlich Taten folgen lässt und die Rahmenbedingungen neubaufreundlich gestaltet werden.

Dynamisches Einlagengeschäft

Damit wechsle ich zur Passivseite. Die Kundenverbindlichkeiten der Sparkassen in Hessen und Thüringen sind 2024 um 2,8 Mrd. Euro bzw. 2,3 % deutlich gestiegen. Das Wachstum hat seit Juli erheblich an Fahrt gewonnen. Die Sparquote war ja schon in den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 mit 11,1 % überdurchschnittlich hoch. Auf das Gesamtjahr bezogen liegt sie sogar bei 11,6 %. Mögliche Gründe dafür wie die Konsumzurückhaltung und das Vorsichtssparen habe ich vorhin bereits erwähnt.

Dass viel gespart wird, sehen wir auch beim PS-Los-Sparen der Sparkassen in Hessen und Thüringen. Das ist eine Sparform der besonderen Art. Ein PS-Los kostet 6 Euro. Von diesen 6 Euro werden 4,80 Euro angespart, mit 1,20 Euro nimmt der PS-Los-Sparer an monatlichen Auslosungen teil. 25 % dieses Spieleinsatzes, 0,30 Euro pro Los, sind zweckgebunden. Sie werden ausschließlich für gemeinnützige und wohlfahrtspflegerische Maßnahmen verwendet. Das ist der sogenannte Zweckertrag. Aus diesem Spendentopf konnten in Hessen und Thüringen 2024 inzwischen insgesamt über neun Mio. Euro für gemeinnützige und karitative Zwecke bereitgestellt werden. Da kommt also jedes Jahr einiges zusammen.

Bei den Einlagearten hat sich die bereits 2023 begonnene Umschichtung im vergangenen Jahr fortgesetzt. Viele Kundinnen und Kunden der Sparkassen wollten sich vor dem geldpolitischen Lockerungskurs der Europäischen Zentralbank (EZB) das noch hohe Zinsniveau längerfristig sichern. Das erklärt, warum die Spareinlagen um 8,9 % geschrumpft sind, während die Eigenemissionen und Termingelder um 41,6 % bzw. 10,9 % zulegen konnten. Die Täglich Fälligen Gelder, die mit einem Anteil von gut zwei Dritteln den

Einlagenbestand unserer Sparkassen noch immer ganz klar dominieren, sind mit einem Plus von 0,1 % praktisch stabil geblieben.

Mehr Umsätze im Kundenwertpapiergeschäft

Damit komme ich zum Kundenwertpapiergeschäft unserer Sparkassen. Insgesamt haben die Sparkassenkunden 2024 Wertpapiere in Höhe von 10,9 Mrd. Euro gekauft. Das waren 2,0 % mehr als 2023, das noch ganz im Zeichen der Festverzinslichen gestanden war. 2024 sah der Trend aber etwas anders aus: Bei den festverzinslichen Wertpapieren gab es diesmal ein Minus, die Käufe gingen um 18,3 % zurück. Dagegen konnten Aktien und Investmentfonds zulegen. Sie wurden um 10,1 % bzw. sogar 37,1 % mehr als 2023 nachgefragt. Hier hat sich sicherlich auch das sehr erfolgreiche Börsenjahr 2024 positiv ausgewirkt.

Auf der anderen Seite haben sich die Sparkassenkunden 2024 auch stärker als im Vorjahr von Wertpapieren getrennt. Die Verkäufe erhöhten sich um 44,4 % auf 9,8 Mrd. Euro, wobei festverzinsliche Wertpapiere überdurchschnittlich betroffen waren. In absoluten Zahlen lagen die Käufe in der Summe trotzdem über den Verkäufen, sodass auch im Berichtsjahr wieder ein positiver Nettoabsatz erzielt wurde, der allerdings mit gut einer Mrd. Euro deutlich niedriger lag als im Vorjahr. Aufgrund der stärkeren Kundenaktivitäten haben sich die Wertpapierumsätze der Sparkassen insgesamt um 18,6 % auf 20,7 Mrd. Euro verbessert.

Ertragsentwicklung

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung. Wir hatten schon bei der Präsentation der Halbjahreszahlen auf Basis der Prognose mitgeteilt, dass der Zinsüberschuss 2024 nicht mehr den Ertragsschwung des Jahres 2023 (+ 26,7 %) liefern würde, als die Zinswende in ihrem Zenit stand. Es hat sich aber gleichwohl schon früh abgezeichnet, dass er sich als Hauptertragssäule der Sparkassen auch in diesem Jahr auf einem guten und hohen Niveau verfestigen wird. Diesem Trend konnte auch die vierfache Absenkung des Hauptrefinanzierungssatzes durch die EZB um insgesamt 1,35 %-Punkte nichts anhaben.

Am Ende haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen ihren Zinsüberschuss 2024 sogar noch einmal steigern können, nämlich um 4,1 % auf 2,9 Mrd. Euro. Das war nicht unbedingt zu erwarten. Schließlich hatte die Bundesbank die Kreditwirtschaft für 2024 vor einem Zinsrückschlag gewarnt, zunächst in Form eines Einbruchs und dann eines moderaten Rückgangs des Zinsüberschusses. Dieses Szenario ist zumindest bei unseren Mitgliedsinstituten zum Glück so nicht eingetreten. Das unterstreicht, wie stabil und kundenbasiert das Geschäftsmodell der Sparkassen ist.

Bei unseren Sparkassen ist 2024 erfreulicherweise auch der Provisionsüberschuss mit 6,5 % kräftig gewachsen und überschreitet in unserem Verbandsgebiet jetzt zum ersten Mal die

Milliarden-Euro-Grenze. Es ist wichtig, dass mit dem Zins- und Provisionsüberschuss die beiden zentralen Ertragssäulen der Sparkassen intakt sind, denn auch auf der Ausgabenseite waren 2024 wie erwartet Steigerungen zu verzeichnen.

Der Verwaltungsaufwand ist um 6,0 % deutlich nach oben gegangen und erreicht jetzt gut 2,2 Mrd. Euro. Während der Sachaufwand nur um 2,5 % gewachsen ist, entfiel mit einem Plus von 8,3 % der größte Teil des Anstiegs auf den Personalaufwand. Hier haben sich die Gehaltserhöhungen der letzten Tarifrunde, aber natürlich auch der verstärkte Personalaufbau in den Häusern mit Blick auf den demografischen Wandel bemerkbar gemacht. Die Beschäftigtenzahl ist dort 2024 im Vergleich zum Vorjahr von 19.628 um 1,8 % auf 19.972 gestiegen, die Zahl der Auszubildenden sogar um 9,7 %, nämlich von 1.247 auf 1.368.

Zu diesen Investitionen in das Personal und die Arbeitgeberattraktivität gibt es keine Alternativen. In den kommenden Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge sukzessive in Rente gehen und eine Lücke hinterlassen, die auch bei den Sparkassen gewaltig sein wird: Viele Häuser werden dann 30 bis 50 % ihres Personals ersetzen müssen.

Hier gilt es rechtzeitig gegenzusteuern. Das tun wir auch, indem wir – wie gerade gezeigt – verstärkt Beschäftigte neu einstellen. Es gilt aber auch das Potenzial des vorhandenen Personals besser als bisher auszuschöpfen. In diesem Kontext ist natürlich auch das Thema Frauen in Führungspositionen angesprochen. Hier haben wir bekanntlich noch Nachholbedarf. Frauenförderung ist uns sehr wichtig. Daran arbeiten wir auch ganz gezielt. Unsere Sparkassenakademie unterstützt die Sparkassen vor Ort mit passgenauen Inhouse-Veranstaltungen bei Personalentwicklungsmaßnahmen zur Frauenförderung. Sie bietet den Instituten darüber hinaus eine Vielfalt von Seminaren und Schulungen für Fach- und Führungskräfte und auch zur Frauenförderung an.

Betriebsergebnis vor Bewertung steigt trotz starkem Vorjahr erneut

Im Saldo hat sich das Betriebsergebnis vor Bewertung unserer Sparkassen 2024 verbessert. Es ist um 49 Mio. Euro bzw. 3,0 % auf knapp 1,7 Mrd. Euro nach oben gegangen. Nach Bewertung und vor Dotierung der Vorsorgereserven lief das Betriebsergebnis bei knapp 1,5 Mrd. Euro aus, das waren etwa 11 % weniger als im Vorjahr. Für den niedrigeren Wert war vor allem das Bewertungsergebnis bei den Wertpapieren verantwortlich, das sich 2024 wieder gedreht hat: von Zuschreibungen in Höhe von 255 Mio. Euro in Abschreibungen von 47 Mio. Euro.

Im Kreditgeschäft haben unsere Mitgliedsinstitute 2024 Wertberichtigungen von 123 Mio. Euro vorgenommen. Die Risikovorsorge liegt damit niedriger als im Vorjahr mit 195 Mio. Euro. Die Häuser beobachten die Entwicklung gerade auch hinsichtlich der steigenden

Insolvenzzahlen sehr genau und haben ihre Risiken im Blick. Stand heute gibt es aber keine besonderen Auffälligkeiten.

Eigenmittel: kräftiges Wachstum auf 15,4 Mrd. Euro

Die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben auch 2024 wieder ihre Vorsorgereserven dotiert, nämlich mit 455 Mio. Euro. Die Eigenmittel stiegen kräftig um 5,6 % auf 15,4 Mrd. Euro. Davon entfielen 14,6 Mrd. Euro auf das Kernkapital. Zum 31. Dezember 2024 lag die Gesamtkapitalquote bei 19,4 % und die Kernkapitalquote bei 18,4 %, in Hessen waren es 19,1 % bzw. 18,0 %, in Thüringen sogar 21,1 % bzw. 20,0 %. Unsere Sparkassen sind traditionell gut kapitalisiert. Die Entwicklung bei den Eigenmitteln zeigt, dass sie 2024 auf diesem Feld noch einmal einen Schritt nach vorne gemacht haben.

III. Weitere Entwicklung

Wie sieht nun der Ausblick in die nähere Zukunft aus?

An den schwierigen Rahmenbedingungen wird sich voraussichtlich erst einmal nichts Wesentliches ändern. Viele geopolitische Konflikte wirken unverändert fort. In den USA ist jetzt ein Präsident im Amt, der das Wort Zölle zu seinem Lieblingsvokabular zählt und auch bereit ist, dieses Instrumentarium in großem Stil einzusetzen. Hier gibt es also großes Potenzial für handelspolitische Auseinandersetzungen, die den deutschen Export erheblich belasten können.

Zudem erreicht die Wirtschaftskrise jetzt zunehmend auch den bisher so stabilen Arbeitsmarkt. Während und nach der Corona-Pandemie haben viele Firmen die Zahl ihrer Beschäftigten wegen des fortwirkenden Fachkräftemangels möglichst stabil gehalten, auch wenn es den Betrieben vielleicht nicht so gut ging. Hier scheint sich gerade etwas Grundsätzliches zu ändern. Denn insbesondere Unternehmen der Industrie und des Handels planen im größeren Maße Personal abzubauen.

Bei dieser Entwicklung verwundert es nicht, dass die Wirtschaftsprognosen schlecht ausfallen: Die OECD warnt, dass Deutschland unter den großen Wirtschaftsnationen am schwächsten wachsen wird. Viele Experten revidieren ihren Konjunkturausblick schon wieder nach unten. Manche rechnen damit, dass die deutsche Wirtschaft auch 2025 nicht aus der Stagnation kommen wird.

Es ist klar, dass diese schlechten Aussichten nicht für gute Stimmung sorgen. Die Auskunftei Creditreform spricht nach einer Umfrage schon davon, dass der Mittelstand inzwischen nahezu depressive Züge zeige, ähnlich wie vor ein paar Jahren auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie, als niemand wusste, wie es weiter geht. Wer in einem

solchen Stimmungstief ist, der investiert und konsumiert nicht, sondern wartet auf bessere Zeiten, die dann aber nicht kommen, weil der Konjunkturmotor eben nicht von alleine anspringt. Das wird dann irgendwann zur Prophezeiung, die sich selbst erfüllt.

Im Fußball wissen wir, dass viele Spiele im Kopf entschieden werden. In der Wirtschaft ist das ähnlich. Auch da spielt die Psychologie eine entscheidende Rolle. Vielleicht lässt sich die Kette aus schlechten Nachrichten und schlechter Stimmung aber durch einen Perspektivwechsel durchbrechen.

Perspektivwechsel kann aus dem Stimmungsloch helfen

Vor kurzem hat eine Umfrage ergeben, dass deutsche Firmenchefs insbesondere die wirtschaftliche Lage im eigenen Land als düster bezeichnen. Der Blick von außen fällt interessanterweise ganz anders aus: Internationale Topmanager halten Deutschland nach wie vor für einen herausragenden Standort und einen der attraktivsten Märkte. Das liegt nicht nur an der Rechtssicherheit und der noch immer hohen sozialen Balance hierzulande. Als weitere große Vorteile werden gerade auch die starken Forschungsnetze aus Wirtschaft und Universitäten sowie das große Know-how der Belegschaft genannt.

Auch deutsche Produkte genießen grundsätzlich immer noch einen exzellenten Ruf in der Welt. Sie stehen für hohe Qualität, Zuverlässigkeit und Innovation. Das zeigt, dass wir weiterhin großes Potenzial haben. Zurzeit scheinen aber viele von uns diese Leuchttürme im dichten Nebel aus Resignation und Larmoyanz nicht mehr zu sehen. Aus diesem Dunst müssen wir herauskommen. Wir brauchen eine Aufbruchstimmung. Die lässt sich natürlich nicht verordnen.

Bei konsensfähigen Reformfeldern ansetzen

Aber vielleicht lässt sich ja bei Feldern wie dem Bürokratieabbau oder dem dringenden Investitionsbedarf in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur ansetzen. Bei diesen Punkten herrscht in der breiten Bevölkerung und der politischen Mitte Konsens, dass sich hier dringend etwas ändern und verbessern muss. Diese Felder sind also anschlussfähig und sollten deshalb jetzt gerade auch von der Politik entsprechend zügig angegangen und umgesetzt werden.

Das Ziel des Bürokratieabbaus ist ein echter Dauerbrenner. Gerade erst hat sich die Europäische Kommission dieses Thema wieder auf die Fahnen geschrieben. Anwendungsfelder gibt es zuhauf: Schließlich kommen etwa 60 % der Vorschriften aus Brüssel. Die EU will jetzt insbesondere die Berichtspflichten für Unternehmen um mindestens 25 % entschlacken, für kleine und mittelgroße Unternehmen sogar um 35 %.

Im Fokus stehen dabei die Lieferkettenrichtlinie, die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD und die Taxonomie.

Der Umbau in eine klimagerechte Wirtschaft und Gesellschaft ist und bleibt ein eminent wichtiges Ziel. Wir hatten im November bei unserem regionalen Sparkassentag in Erfurt den Wirtschaftsexperten Prof. Marcel Fratzscher vom DIW Berlin zu Gast. Er hat gezeigt, dass dieser Umbau teuer werden wird. Er hat aber vor allem auch deutlich gemacht, dass die Kosten einer verschleppten Transformation noch viel höher liegen werden.

Sparkassen stehen zum Ziel der Klimaneutralität und finanzieren Transformation mit

Die Sparkassen stehen weiterhin zum Ziel der Klimaneutralität und sind auch bereit, diesen Umbau mitzugestalten und mitzufinanzieren. In der Praxis stehen aber beim Thema Nachhaltigkeit noch viel zu oft die Bürokratie, das Klein-Klein des Dokumentierens und Berichtens, das Melden von Zahlen und der Vollzug der Vorgaben im Vordergrund. Mit solch einem Verwaltungsansatz werden wir die Mammutaufgabe des Kampfs gegen den Klimawandel sicherlich nicht gewinnen. Davon bin ich überzeugt.

Inzwischen treibt der Nachhaltigkeitsformalismus so viele Blüten, dass er das eigentliche Ziel zu beschädigen droht. Viele Firmen kritisieren, dass die Berichtspflichten enorm viel Zeit und finanzielle Mittel binden, die dann für echte Nachhaltigkeitsmaßnahmen fehlen. Das Schlimme daran ist, dass diese Kritik nicht von Unternehmen kommt, die ohnehin in Fundamentalopposition dazu stehen. Nein, es sind oft gerade Firmen, die eine Nachhaltigkeitsstrategie verfolgen und das Thema eigentlich positiv bewerten!

Deshalb ist hier ein Schwerpunktwechsel von der bisher dominierenden bürokratischen Vorgehensweise hin zu einem viel pragmatischeren und umsetzungsorientierten Ansatz notwendig. Wir müssen vom bisherigen Mikromanagement zu einer Globalsteuerung kommen: Es gilt, viel stärker vom Ziel her zu denken, das erreicht werden soll. Dann wird gemacht und dann schaut man auf die Ergebnisse, die erreicht wurden und steuert nach. Dadurch kommt man ins Tun und verliert nicht unnötig Zeit mit bürokratischen Fragestellungen.

Bürokratieabbau mit aller Konsequenz durchsetzen

Daher ist der Brüsseler Schwenk in Richtung Bürokratieabbau grundsätzlich zu begrüßen. Er muss jetzt aber auch mit aller Konsequenz durchgesetzt werden. Denn eines ist auch klar: Bei diesem Thema haben wir schon lange kein Erkenntnisproblem mehr, sondern ein Umsetzungsproblem. Ein bekannter US-Ökonom hat vor kurzem gesagt: „Ich habe Anfang der 1990er-Jahre zum ersten Mal gehört, dass Europa Bürokratie und Regulierung abbauen

will, um wettbewerbsfähiger zu werden... Ich begrüße also die guten Absichten, aber ich würde mir echte Fortschritte wünschen.“

Diese Skepsis ist nicht unbegründet. Die Kollegen vom Verband Öffentlicher Banken haben vor kurzem durchgezählt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass 2024 allein für die Kreditinstitute wieder über 400 neue Rechtsvorschriften auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in Kraft getreten sind. Und 2025 geht es nahtlos weiter. Seit dem 1. Januar 2025 müssen die neuen europäischen Anforderungen (CRR III) zur Umsetzung des überarbeiteten Basler Rahmenwerks angewendet werden. Die damit verbundenen Änderungen sind sehr umfangreich und führen zu weitreichenden IT-technischen und (kredit-)prozessualen Änderungen in den Häusern.

Neben diesem Rahmenrechtsakt (sog. „Level 1-Regulierung“) macht den Instituten aber auch die vielen Level 2 und Level 3-Regulierungen zu schaffen. So hat zum Beispiel die Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA im Rahmen des CRR III-Regelungstextes etwa 140 Mandate erhalten, die sie in den kommenden fünf Jahren abarbeiten will. In der Summe kommt da einiges zusammen. Nach Berechnungen des DSGVO hat die EBA in den vergangenen zehn Jahren etwa 250 Leitlinien, technische Durchführungsstandards (ITS) und technische Regulierungsstandards (RTS) veröffentlicht. Im Durchschnitt haben die Institute also alle 14 Tage eine entsprechende Publikation der EBA erhalten. Die entsprechenden Veröffentlichungen der Europäischen Aufsichtsbehörde ESMA sind darin noch gar nicht berücksichtigt.

Auf der Ebene von Level 3 hat die EBA in den vergangenen zehn Jahren rund 8.000 sog. Questions & Answers veröffentlicht, das sind im Schnitt vier pro Arbeitstag! Auch darin sind die entsprechenden Veröffentlichungen der ESMA noch nicht enthalten.

Gerade für kleinere Institute ist mit dieser ständigen Vermehrung von Rechtsvorschriften eine Riesenbelastung verbunden. Die Mischung aus Überregulierung und den bereits vorhin geschilderten Personalengpässen setzt ihnen besonders zu. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass gerade kleine Institute dann den Weg einer Fusion wählen, obwohl sie wirtschaftlich kerngesund sind.

In unserem Verbandsgebiet wird in diesem Jahr die Sparkasse Battenberg mit der Sparkasse Marburg-Biedenkopf zusammengehen. Schon heute sind zwei Drittel der 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse Battenberg im Back-Office beschäftigt. Für die Arbeit und den Kontakt mit der Kundschaft bleibt da nur noch wenig Raum.

Eine weitere Fusion ist außerdem in Südhessen geplant. Dort wollen die Sparkassen Darmstadt und Dieburg zusammengehen. Die bereits angesprochenen Themen Überregulierung und Fachkräftemangel spielen hier sicherlich auch eine Rolle. Die beiden Häuser stehen aber vor allem auch in einem starken Wettbewerb mit Volksbanken, die sich dort durch Zusammenschlüsse erheblich vergrößert haben. Neben den beiden genannten Fusionen sind in unserem Verbandsgebiet nach heutigem Stand keine weiteren Zusammenschlüsse geplant.

Bürokratie ist also in erster Linie eine Erweiterungs- und Wachstumsmaschine. Ob sie auch Abbau kann, muss sich erst noch weisen. Aus meiner Sicht wäre es deshalb sinnvoller und zielführender, ganze Gesetze oder Vorschriften wie das Lieferkettengesetz komplett abzuschaffen oder auszusetzen, anstatt aus ihnen bestimmte Passagen kleinteilig herauszuschneiden. Denn ob und wie letzteres mit einem nachgeordneten Apparat funktionieren kann, der diese Gesetze und Vorschriften in dieser Komplexität und Granularität ja in der Regel selbst entworfen und entwickelt hat und der sich deshalb wohl nur ungern von den eigenen Werken trennen wird, entzieht sich ehrlich gesagt meiner Vorstellungskraft.

Investitionen und Schuldenbremse

Auch die dringenden Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur, die in weiten Teilen der Bevölkerung und Politik als konsensfähig gelten, müssen jetzt konsequent angegangen und umgesetzt werden. Die neue Bundesregierung sollte sich jetzt schnell finden und auf eine überzeugende Reformagenda einigen, die es dann entschlossen und zügig abzuarbeiten gilt.

Spätestens die Sicherheitskonferenz Mitte Februar in München hat uns in aller Deutlichkeit gezeigt, dass wir jetzt bei der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik tatsächlich mitten in der Zeitenwende angekommen sind. Diese Zeitenwende wird insbesondere auch Deutschland bei den Investitionen und Verteidigungsausgaben deutlich mehr als bisher abverlangen. In diesem ganzen Kontext stellt sich natürlich vor allem auch die Frage nach der Finanzierung und damit auch dem künftigen Umgang mit der Schuldenbremse.

Die Schuldenbremse hat ohne Zweifel die fiskalische Disziplin in Deutschland gestärkt. Seit 2010 ist die Staatsverschuldung bezogen auf das BIP trotz der zwischenzeitlichen Corona-Krise und zahlreichen öffentlichen Hilfsprogrammen von 80 % auf gut 60 % sogar gesunken. Grundsätzlich ist so ein Entschuldungsprozess ja nicht verkehrt. In Deutschland wurde er allerdings mit einem massiven Verzicht auf staatliche Investitionen in die Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung und im Verteidigungsbereich erkaufte. Dessen Schattenseiten sind heute allerorten zu besichtigen. Viele Bürgerinnen und Bürger, viele

Unternehmerinnen und Unternehmer empfinden Deutschland inzwischen als ein Land, in dem nicht mehr viel funktioniert und vieles verfällt. Das sorgt für Verdrossenheit und Frustration.

Staat muss verschleppte Investitionen nachholen und Wirtschaftsstandort stärken

Um das zu ändern, muss der Staat jetzt diese verschleppten Investitionen endlich nachholen. Von einer verbesserten und leistungsfähigeren Infrastruktur in allen Bereichen werden nicht nur wir Älteren, sondern – Stichwort Generationengerechtigkeit – auch die Jüngeren profitieren. Eine intakte Infrastruktur zahlt aber auch in einen starken Wirtschaftsstandort ein und ist damit eine Grundvoraussetzung dafür, dass auch die Unternehmen künftig wieder mehr investieren. Auch da ist in den letzten Jahren vieles liegen geblieben: Die privaten Investitionen rangieren heute noch immer unterhalb des Vor-Corona-Niveaus. Das muss sich ändern. Denn zu wenig Investitionen bedeuten zu wenig Innovation und damit weniger Produktivitätsfortschritt und weniger Zukunftschancen!

Hier hängt also vieles miteinander zusammen. Deshalb sollte die Politik die Bremse für Investitionen lockern und damit Impulse geben und Multiplikatoreffekte auslösen. Denn wenn der Staat zeigt, dass er wieder mehr investive Verantwortung übernimmt, dann wird auch in der Wirtschaft wieder mehr Dynamik entstehen. Also sind Bund und Länder gefordert, ihre Schuldenbremsen für investive Zwecke zu reformieren.

Sparkassen-Finanzgruppe noch als gefesselter Riese

Was die Finanzierung der dringend erforderlichen realwirtschaftlichen Investitionen anbelangt, wird sich die Sparkassen-Finanzgruppe daran gerne maßgeblich beteiligen. Zurzeit sind wir noch ein bisschen wie ein gefesselter Riese. Wir können hier unser Potenzial nicht richtig ausschöpfen, weil die deutsche Wirtschaft stagniert und zu wenig investiert wird. Das muss sich ändern und dann wird auch unsere Sparkassen-Finanzgruppe noch mehr zeigen können, was in ihr steckt. Wir können dann über den Hebel der Finanzierung einen noch größeren Beitrag für Wachstum und Wohlstand leisten. Das werden wir auch gerne tun!

Ich bin optimistisch, dass bei den Themen Schuldenbremse und Investitionen schon bald neue Bewegung entstehen wird. Die Resultate werden natürlich nicht von heute auf morgen spürbar werden. Im Kundengeschäft unserer Sparkassen rechne ich aber damit, dass sich der leichte Aufwärtstrend des letzten Jahres bei den Kredit- und Einlagenbeständen 2025 fortsetzen wird.

Ausblick auf das laufende Jahr

Bei der Ertragsentwicklung unserer Mitgliedsinstitute gehen wir für das laufende Jahr von einem etwas niedrigeren, aber weiterhin auskömmlichen Betriebsergebnis aus. Die EZB hat Ende Januar den Leitzins noch einmal abgesenkt. Sie befindet sich zurzeit in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite gibt es angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone und besonders in Deutschland Spielraum für weitere Senkungsschritte. Auf der anderen Seite ist die Inflation aber noch immer ein Faktor, mit dem zu rechnen ist. Der Preisauftrieb ist eben doch nicht so einfach und schnell in den Griff zu bekommen wie erhofft. Darüber hinaus sprechen die sog. 3-D-Treiber Deglobalisierung, Demografie und Dekarbonisierung dafür, dass die Inflation auch in den kommenden Jahren ein strukturelles Thema bleiben wird.

Aus unserer Sicht sollte die EZB deshalb mit weiteren Zinssenkungen vorsichtig sein. Der Inflationsschub der jüngeren Vergangenheit hat schon genug Schaden angerichtet. Zudem macht es sicherlich Sinn, sich daran zu erinnern, dass der Hauptrefinanzierungssatz mit aktuell 2,90 % in einem völlig normalen Bereich liegt. Es wäre ein Fehler, jetzt die Dauerniedrigzinsphase der letzten Jahre als Projektionsfläche heranzuziehen. Diese Phase der Niedrig- und Negativzinsen dauerte zwar lang, sie war aber doch alles andere als normal. Vor allem hat sie auch deutlich gemacht, dass niedrige Zinsen eben keine Garantie für eine florierende Wirtschaft sind. Viel wichtiger ist es, wie vorhin skizziert die strukturellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Wirtschaft wieder in Deutschland investiert und sich nicht von hier verabschiedet.

IV. Fazit

Damit bin ich am Ende angekommen. Mit dem Geschäftsjahr 2024 können die Sparkassen in Hessen und Thüringen gerade auch mit Blick auf die nicht einfachen Umstände und die vielfältigen Unsicherheiten durchaus zufrieden sein. Es ist zu hoffen, dass sich die neue Bundesregierung jetzt schnell konstituiert, auf eine ambitionierte Reformagenda einigt und diese dann auch konsequent und kraftvoll umsetzt. Das wird sicherlich nicht einfach werden. Aber es muss jetzt dringend etwas geschehen.

Wir brauchen mehr Mut und Aufbruch, mehr Innovationen und Investitionen. Die Sparkassen werden sich im Rahmen ihrer Aufgaben und Schwerpunkte mit Kräften einbringen, damit diese Ziele erreicht werden. Denn letztendlich haben wir alle ein Interesse daran, dass sich die deutsche Wirtschaft schnell erholt und in Europa wieder zum Motor und nicht dauerhaft zum Anhänger wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!